

Saale-Beitung.

Lebemannsblätter Jahrgang.

Einzelgen

werden die 6 getheilte Posten...
oder deren Name mit 30 Pf.,
auswärts 1 Mk.

Ercheit täglich zweimal
Sonntags und Montags einmal

Schreibleitung und Druck-Gesellschaft:
Halle, Gr. Brauhausstraße 17;
Verlags-Gesellschaft: Markt 24.

Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich drei...
Abteilung 2,50 Mk., durch die Post
3,25 Mk., ausl. Abteilungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Rechnungs-Verzeichnisse
unter 'Saale-Beitung' eingetragen.

Der unentgeltlich eingehende...
und ihre Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe
'Saale-Beitung' gestattet.

Verleger: der Redaktion Nr. 1140;
der Abteilungs-Verwaltung Nr. 176;
der Annoncen-Verwaltung Nr. 1133.

Nr. 409.

Halle, Dienstag, den 2. September

1913.

Die Neuregelung der Postbeamten-Besoldung.

L. C. Bei der allgemeinen Besoldungsregulierung im Jahre 1909 entstanden im Reichstage bekanntlich große Kämpfe wegen der Festsetzung der Gehälter der Postämter und der Postassistenten (Oberpostassistenten, Postverwalter und Assistenten). Der Reichstag hatte für die Unterbeamten 1900 Mark Höchstgehalt und für die Assistentenklasse den Höchstbetrag von 3600 Mark vorgelesen. Kameralistisch gegen diese letztere Forderung erklärte sich die Regierung und insbesondere auch der Staatssekretär des Reichspostamts. Seiten hat sich ein Restriktion so ablehnend gegenüber den einmütigen Forderungen der Volksvertretung verhalten, wie Herr Käthe. Diese auffällige Erscheinung konnte man noch bei späteren Gelegenheiten häufiger beobachten. Der Unterschied zwischen Postverwaltung und Eisenbahnverwaltung tritt hier klar hervor. Während der Leiter der Reichspostverwaltung immer erst zu Verbesserungen der Lage des mittleren und unteren Personals durch den Reichstag gezwungen werden mußte, ergriß Herr v. Breitenbach fast immer die Initiative. Er hat gut genug ein weitergehendes soziales Verständnis gezeigt.

Bei der zweiten Lesung der Besoldungsvorlage im Jahre 1909 fand der Reichstag trotz des Unannehmbars des Reichspostsekretärs noch geschlossen auf den Kompromißentwürfen 1800 und 3600 Mark. Bei der dritten Lesung fielen die Parteien mit Ausnahme der Fortschrittler um, und die Höchstätze 1700 Mark für Schaffner und 3300 Mark für Assistenten kamen zur Annahme. Damit erhielten die Postbeamten die geringste Aufbesserung von allen Beamten im Reich und im Staate. Sie betrug für die beiden großen Klassen der unteren und der mittleren Beamten im Höchstfalle 200 und 300 Mark.

Die Unzufriedenheit innerhalb der Postbeamtenenschaft wuchs infolgedessen stark an. Auch mit den drakonischen Mitteln, die man anwandte — Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Vorsitzenden des Verbandes der mittleren Postbeamten, den Oberpostassistenten Jollisch z. — konnte man die Unzufriedenheit nicht beseitigen. Die berechtigste Erregung der Postbeamten richtete sich besonders auch gegen die Zentrumsparthei.

Diese hatte wieder einmal ihre Versprechungen nicht gehalten. Vor allem war es der Abg. Erberger, der durch einen Artikel im 'Tag' den Umfall der Zentrumsparthei vorbereitete und die Regierung in ihrer ablehnenden Haltung unterstützte. Hinzu kam die brisante Behandlung des Zentrumsabgeordneten Postsekretärs Samecher, des früheren Vorsitzenden des Postbeamtenverbandes. Gegenüber der berechtigten Entrüstung der Postbeamten sah sich aber die Zentrumsparthei schließlich doch genötigt, einzuschwenken; weß sie doch ganz genau, daß namentlich in den westlichen Gegenden nicht die mittleren Postbeamten leider noch wichtige Träger ihrer Parteiorganisation sind. Das Zentrum versprach, sich für die Forderung der Postbeamten einzusetzen zu wollen.

Die Jahre 1910 und 1911 unternehmen Bemühungen der Reichstagsabgeordneten waren vergebens; die Regierung erklärte, unter allen Umständen an der bestehenden Besoldungsordnung festhalten zu wollen. Der Direktor im Reichspostamt Granzow sprach sich namentlich gegen die Erhöhung der Assistentengehälter aus.

Im laufenden Jahre gelangen wiederum die Anträge der Parteien zur Annahme. Der Bundesrat würde sich wahrscheinlich auch jetzt noch ablehnend verhalten haben, wenn man nicht ein Entgegenkommen angeflößt der Herrscherin für notwendig gehalten hätte.

Der Beschluß des Reichstages kam einmütig zustande. Die Initiative ging aber von den liberalen Parteien aus; der betreffende Antrag führte die Ueberschrift 'Bed. — Hubrich (nationalliberal und fortschrittliche Volkspartei).

Ohne Zweifel war den Postbeamten bei der Regulierung von 1909 unrecht geschehen. Es galt ja als offenes Geheimnis, daß gegen die straffe, mütergültige Organisation der mittleren Postbeamten ein Schlag geführt werden sollte. Das war der Hauptgrund des damaligen Widerstandes der Reichsregierung. Vieles ist seit dem nicht fest, wenn man annimmt, daß die gegenwärtige Zusammenfassung des Reichstages auch in der Fassung der verbündeten Regierungen zur Postbeamtenbesoldung einen Wandel herbeigeführt hat.

Die fortschrittliche Volkspartei kann für sich wohl das Hauptverdienst für das Zustandekommen der inzwischen veröffentlichten Neuregelung in Anspruch nehmen. Sie hat im Gegenzug zu den anderen Parteien schon 1900 und dann in der Folgezeit ihrer Standpunkt unverändert vertreten. Seit 1912 hat sich namentlich der Abg. S u d r i d s Oberkarnin die allergrößte Mühe gegeben, den Wünschen der Postbeamten die Erfüllung zu bringen. Die Postbeamten sind deshalb, wie wir von verschiedenen maßgebenden Stellen

derselben hören, gerade ihm und der fortschrittlichen Volkspartei für ihre Tätigkeit zugunsten der Postbeamten besonders dankbar.

Allgemeiner Deutscher Innungs- und Handwerkeritag.

(Unber. Nachdr. verb.) S. u. H. Braunschweig, 1. Sept.

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter von Behörden trat heute im 'Wilhelmshafen' unter dem Vorsitz des Hofkunstschlossermeyers P a u l a r c u s (Berlin) der Jahreskongress der Handwerksmeister aus ganz Deutschland beauftragte Allgemeine Deutsche Innungs- und Handwerkeritag zusammen. — Als Ehrengäste sind u. a. anwesend von der braunschweigischen Staatsregierung Regierungsrat Schults, vom Magistrat der Stadt Braunschweig Stadtrat Wagner und von der hildesheimischen Bauverwaltung Bauart Oberholz, ferner der Vorsitzende des Handwerks- und Gewerbeausschusses des Reichstagesmitglied Ehrenschmeidler P a t e (Hannover), vom Reichshandwerksrat Generalsekretär J a h r e n b a c h, ferner sind vertreten die Handwerkskammer zu Braunschweig sowie verschiedene Vereine und Verbände. Generalsekretär Syndikus Dr. Müffelmann (Berlin) erstattete den Jahresbericht über die verfloßenen drei letzten Jahre.

Godann sprach an Stelle des verhinderten Obermeisters Nahardt (Berlin) Bäderobermeister Schmitt über die Anforderungen der Gewerbeordnung, wie sie aus den Besprechungen der Handwerkervertreter mit den Vertretern der Reichsregierung hervorgegangen sind. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt sind, meint der Referent, könne das Handwerk doch mit dem Reichstage zufrieden sein. Verlangen müssen wir von den bürgerlichen Parteien, obwohl wir keine Politik treiben wollen, daß sie mehr als bisher ihr Wohlwollen für das Handwerk betätigen und ihre Sympathien für dasselbe in die Tat umsetzen. (Zustimmung.) Wir dürfen es uns nicht gefallen lassen, daß man bei den Landtagswahlen unsere besten Männer zur Strecke bringt.

Hierauf sprach Landesobermeister Feder (Berlin) über den Ausbau der deutschen Handwerker-Organisation. Der Vortragende ist der Ansicht, daß die deutsche Handwerkerorganisation gut ausgebaut ist und die Sozialdemokratie habe es auch logisch mit der Angst bekommen, sobald sie bemerkt habe, daß das Handwerk wieder zu erstarren beginnt. Ihrem Verger gibt sie auch durch den Artikel 'Abgefallene Zünftler' im 'Vorwärts' Ausbruch. (Heiterkeit.) Der Wert der Zwangsinnungen wird mehr und mehr anerkannt, sogar in Süddeutschland. Seit dem 1. Januar d. J. seien Württemberg und die Pfalz dem Innungsverband beigetreten. (Lebhaftes Bravo!) Die Organisation des Handwerks muß bedeutend ausgebaut werden, wenn etwas erreicht werden soll.

Das nächste Referat erstattete Tischlerobermeister Knieß (Cassel) über den

Geräuschparagrafen.

Er legte folgende Resolution vor:

„Der Allgemeine deutsche Innungs- und Handwerkeritag zu Braunschweig erklärt in der Anwendung des sogenannten Geruschparagrafen seitens der zuständigen Behörden eine schwere Schädigung des Handwerkes, durch welche vielfach die Gewerbetreibenden in ihrer Existenz bedroht werden, eine Folge, die unmöglich der Zweck bei dem Erlass der gesetzlichen Bestimmung gewesen sein kann. Der Allgemeine deutsche Innungs- und Handwerkeritag erwartet die weitgehendste Berudigung der für das Handwerk notwendigen Arbeitsbedingungen und fordert insbesondere bei gerichtlichen Entscheidungen die Veranziehung von Männern der Praxis.“

Hierauf referierte Tischlermeister Jaroski (Berlin) ber den Schutz des Geisteslebens.

Weiter referierte Auszubereiteter Zinssner (Berlin) ber das Thema: Die Erziehung der Frau im Handwerk. Er legte dem deutschen Innungs- und Handwerkeritag folgende Entschließung vor: „Der am 1. September 1913 in Braunschweig tagende Deutsche Innungs- und Handwerkeritag beauftragt den Vorstand, bei den zuständigen Behörden dahin vorstellig zu werden, daß die Ausbildung weiblicher Lehrlinge im Handwerk einseitig auf drei Jahre festgelegt wird. Der Deutsche Innungs- und Handwerkeritag hält ferner die Bestimmung derjenigen Kammern, welche für weibliche Personen, die das betreffende Handwerk nur zum Hausgebrauch oder zur Verwendung als Hilfe erlernen wollen, ein Lehrzeit bis zu sechs Monaten gestatten, für ungeeignet, da die Kammern nicht in der Lage sind, die so ausgebildeten weiblichen Personen zu übernehmen und auch nicht verhindern können, daß sie unmittelbar nach Beendigung dieser mehr als drtigen Ausbildung sich selbständig machen. Die Bestimmung dient nur dazu, die bestimmungs-mige Lehrzeit in den meisten Fllen zu hinterziehen und die Gewerbeordnung zu umgehen. Der Deutsche Innungs- und Handwerkeritag erklärt den Vorstand, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um diese Bestimmung wieder aufzuheben. Ueber die erstatteten fünf Referate entspann sich eine sehr lebhafte Diskussion.

Es werden die sämtlichen Resolutionen samt dem Zusatzantrag, daß die Aufhebung des § 100q der G.-O. gefordert werde, dem Vorstand zur Berudigung überwiesen. Godann referierte Tischlerobermeister K a h a r d t (Berlin) ber das Thema:

Submissionswesen.

Er führte u. a. aus: Nachdem ich auf dem Handwerkerskongress in Braunschweig, 1. Sept., über das Submissionswesen gesprochen habe, erstoffen in der 'Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' kurz hintereinander zwei Artikel, die sich ebenfalls mit dem Submissionswesen beschäftigen und in denen ich zwar nicht genannt wurde, in denen aber doch deutlich auf mich hingewiesen wurde und worin behauptet war, daß meine Ausführungen zu weit gegangen seien. Ich bin daher genötigt, heute den Beweis für meine Behauptungen zu erbringen. Der Redner verliest nun zunächst den Erlaß des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach an die nachgeordneten Stellen über das Submissionswesen und fhrt dann aus, daß die untergeordneten Stellen sich durchaus nicht nach diesem Erlaß richteten. Im Gegenteil; es würden keine Sachverständigen bei Submissionen zugezogen, das Mindestgebot lief nach wie vor für den Zuschlag ausschlaggebend, die groten Kote würden nicht nach den einzelnen Handwerksbetriebern getrennt und die Ausschreibungen häufig an Generalfirmen vergeben unter Umgehung der Handwerksbetrieber. Der Redner bringt hierfür zahlreiche Beispiele vor, u. a. aus Saarbruden, Gleiwitz, Halberstadt, Sommerfeld, Sagan, Köstlin, Schleswig, Ltzen, Gumbinnen, Wamne, Sagen i. M., Bromberg, Soest und Danzig. (Die Beispiele werden von der Versammlung mit lauten Hr! Hr!-Rufen aufgenommen.) Der Vortragende fügt diesen Beispielen weiter hinzu: Wenn sich die nachgeordneten Stellen in der Praxis nicht nach der Verfügung des Ministers richteten, so wird dadurch direkt Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie geliefert. (Sehr richtig!) Wir müssen deswegen in unserem eigenen Interesse selbst dagegen vorgehen, wenn auch einzelnen Handwerkern daraus Unbequemlichkeiten erwachsen, daß die Behörden in miffohnenhaftiger Empfindlichkeit den Kopf in den Sand stecken und Vogel Strauß-Politik treiben. (Sehr richtig.) Die Dinge shrien geradezu zum Himmel. Ich mache in aller Offenlichkeit darauf aufmerksam, daß das Handwerk die Verantwortung für die Folgen ablehnen muß.

Wir haben 30 Jahre lang gebeten

und haben jetzt vom Minister sogar Recht bekommen. Kein vernünftiger Mensch kann bestreiten, daß wir mit unserer Forderung 'für ehrliche Arbeit ehrlichen Lohn!' auf dem rechten Wege sind. Es ist doch gewiß alles Mögliche, wenn wir unter Umständen zum Selbstlohnpreis arbeiten wollen. Dieser Selbstlohnpreis muß aber durch Submissionen festgesetzt werden. Was soll man aber dazu sagen, wenn der Handwerkskammer-Stein heftigstestsweise verhoht ist, ein solches Submissionswesen zu rtigen, weil man darin eine Kontrolle der Regierung erblickt. (Hr! Hr!) Die Regierung scheint gar nicht zu wissen, wozu die Handwerkskammern eigentlich da sind. (Sehr wahr!) Eine derartige Zumutung würde keine Regierung dem

Bund der Landwirte

stellen oder der Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Den letzteren steht auf Grund der Gewerbeordnung sogar ein so weitgehendes Koalitionsrecht zu, daß das Streikpolizeirecht für erlaubt erklärt wird. Nach meiner Ansicht kommen wir auf dem Verordnungswege nicht vorwärts, da kein Beamter auf Grund unserer Gesetze bestraft wird. Wir müssen daher gesetzliche Regelungen fordern, um zumberhandelnde Beamte aus dem Disziplinarwesen belangen zu können. Alle unsere Bemühungen werden aber nichts nützen, wenn wir den Ministern nicht die Behörden als leuchtendes Beispiel voranstellen können. Das System der Zuschlagserteilung an Mindestforderungen bedeutet nichts weiter als Auspomerung derjenigen Gesellschaftsklassen, auf die sich Staat und Gesellschaftsordnung nicht stützen können. (Sehr richtig), es bedeutet nichts weiter als eine Auslieferung des Handwerks an die Sozialdemokratie. (Sehr wahr!)

Die gesetzliche Regelung des Waffenhandels.

Aufstellung einer zaverlssigen Statistik.

Die von der Reichsregierung geplante gesetzliche Regelung des Waffenhandels hat den an der Frage interessierten Gruppen der Waffenindustrie und des Waffenhandels Veranlassung gegeben, sich in einer Kommission betr. die gesetzliche Regelung des Waffenhandels als einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Diese Kommission trat unter dem Vorsitz des Verbandes Thringischer Industrieller am Donnerstag in E i e n a c h zu einer ersten Sitzung zusammen; offizielle Vertreter der Handelskammer Erfurt und Gotha nahmen an den Beratungen teil. Die Herren Dr. Othermann (Weimar), Kreuz (Neudamm), v. Ragu (Barmen) und Sieg (Mehlis) referierten über die Vorschfte der geplanten Regelung und die bislang als von der Reichsregierung beschndigt bekannt gewordenen Maßnahmen. In der mehrstündigen Beratung kam die einmchtige Auffassung zum Ausdruck, daß Waffenhandel und -Industrie herab sinken der Regierung auf allen Wegen, die eine Verbesserung oder Beseitigung wirklich bestehender Mifftnde verbürgen, zu folgen. Dabei trat in den Kreisen des Waffenhandels der starke Willeutage, auch aus sich selbst heraus mit allen Mitteln zur Unterdrückung des unregelmigen Waffenhandels beizutragen. Scharfe Ablehnung dagegen erfuhren alle diejenigen Maßnahmen, die den realen Waffenhandel zwar zerschngen würden, ohne daß sie zu einer wirksamen Be-

Kämpfung bestehender Mängel die geringste Aussicht bieten. Die Beratungen ergaben die Aufstellung einer Reihe brauchbarer Vor schläge, deren nähere Bearbeitung einem engeren Arbeitsausschuß übertragen wurde. Als unerlässliche Grundlage für ein Eingreifen der Gesetzgebung wurde die Aufstellung einer zuverlässigen Statistik bezeichnet. Die Kommission beschloß, ein entsprechendes Ersuchen an das Reichsamt des Innern zu richten und ihm für den Anfang der statistischen Erhebungen bestimmte Vorschläge zu unterbreiten.

Der 2. September.

Ein Wort zum Geburtstag.

Es ist nicht deutsche Art, einen Tag wie den heutigen lediglich in lauter, äußerlicher Freude zu begehen. Deutsche Art ist es, an einem solchen Tage ernste Entfaltung zu halten, den Blick in die Vergangenheit und in die Zukunft zu richten und eingebend des Wortes zu sein: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“

Seidem wir das letzte Mal den Jahrestag der Schlacht von Sedan festlich begangen, liegt ein ereignisreiches schicksalsschweres Jahr hinter uns. Ein überaus blutiger, grauer Krieg hat den Südosten Europas durchdrungen und blühende Dörfer und Städte, ganze Landschaften in Schutt und Asche verandert. Gar oft stand der Ausdruck des Weltkrieges auf des Messers Schneide.

Der Krieg ist beendet; die Friedensglocken läuten. Wie lange wird es dauern? Die Worte des Bulgarenkönigs an sein Heer lassen darüber keinen Zweifel: Solange, bis sich Bulgarien erholt hat und sich stark genug fühlt, um blutige Vergeltung zu üben an seinen ehemaligen Verbündeten.

Da heißt es für uns, stets das Kaiser tödlich und das Schwert scharf halten, um jeder Eventualität ruhig ins Auge blicken zu können. Denn nicht immer wird es gelingen, den europäischen Krieg zu verhindern, wenn wieder einmal am Balkan oder sonst in der Welt die Flammen aufsteigen. Die sogenannte Einigkeit der Großmächte besteht lediglich auf dem Papier. Tatsächlich stehen sie sich dank des russisch-österreichischen Gegensatzes und dank der französischen Revanchegedanken gegen Deutschland in zwei getrennten Heerlagern gegenüber. Wer darüber noch im Zweifel war und sich hätte hienieden lassen durch die so oft beiconte Einigkeit der Großmächte während des Balkankrieges, den wird die Tragikodie der europäischen Flotten demonstration gegen Nikita gewollt die Augen geöffnet haben. Nikita kannte sehr wohl die „Einigkeit“ Europas und wußte, daß er nichts risikiert, wenn er auf die Eroberung Stutarts bestand.

Nach eine andere Wahrheit, die man von gewisser Seite gern verbunten möchte, hat der Balkankrieg mit brutaler Rücksichtslosigkeit wieder in das helle Licht des Tages gerückt: Nicht mit papierenen Notizen, nicht mit der Feder, sondern mit Blut und Eisen werden Kriege eingeleitet, verhindert und entschieden. Leicht werfen nationaler Egoismus oder Rassenhaß die höchsten „vernunftgründe“ gegen einen Krieg über den Haufen. Man mag die Türkei hunderte Male beweisen, daß es in ihrem eigenen „wohlverstandenen“ Interesse liege, wenn sie auf Adrianopel verzichte. Sie wird hunderte Male Beweise zurückweisen und auf dem Befehl ihrer alten Sultansöhne bestehen. Die so schwer geführte Türkei braucht einen moralischen Halt, um sich wieder aufzurichten. Und diesen Halt gibt ihr der Befehl Adrianopels. Daran werden alle popiernen Notizen nichts ändern.

Angesichts der Tatkaten des letzten Jahres oder der letzten Jahre wird es wie blutiger Hohn, wenn es jetzt die Schwärmer für den ewigen Weltfrieden im Haag fertig bringen, einen glänzenden, pompösen Friedenspakt zu erziehen. Wenn „preifend mit viel schönen Reden“ Herr Carnegie der staunenden Weltwelt, die sich nach ein offenes Auge für die Realitäten des Lebens bewahrt hat, verkündet, daß der Friedensgedanke stärker sei als je, daß es nur einer Einladung des Deutschen Kaisers bedürfe, um ein für allemal die Kriege zu vermeiden und den ewigen Weltfrieden festzusetzen. Wenn Herr Carnegie weiter den Deutschen Kaiser als den Friedensstifter gefeiert hat, dessen Hände rein von Blut seien, so hat er damit zweifellos recht. Wenn er aber seinen Gedankengang zu Ende gebracht hätte, so hätte er sich sagen müssen, daß er mit seiner Feststellung eigentlich seine und seiner Genossen Ideen selbst ad absurdum geführt hat. Wohl ist der Kaiser ein Friedensstifter — das hat er oft, vielleicht oft zu beweisen — aber ein Friedensstifter von anderer Art, als ihn sich die Friedensschwärmer im allgemeinen vorstellen. Von Abwürfung will Wilhelm II., der Schöpfer der deutschen Kriegsmarine, der Soldatentailer, sicherlich nichts wissen. Si vis pacem, para bellum! Die Wahrheit dieses Wortes hat der Kaiser voll erkannt. Wollte er, wollte das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit anders denken, dann würde das den politischen Selbstmord für Deutschland bedeuten.

Daß diese Gefahr für absehbare Zeit nicht zu fürchten ist, hat ja erst kürzlich die einmütige Dapperwilligkeit des ganzen deutschen Volkes bei der großen Heeresvorlage glänzend bewiesen.

So steht Deutschland da in „schimmernder Wehr“, stärker als je, gerüstet gegen eine Welt von Feinden, bereit, jedem, der ihm zuzuhört, ein neues Sedan zu bereiten.

W. P.

Deutsches Reich.

Radiumkäufe durch den Staat.

Die lebhafteste Nachfrage von Ärzten und Patienten nach den radiumhaltigen Substanzen zur Behandlung der Krebskrankheit hat das preussische Kultusministerium nun schon vor einiger Zeit veranlaßt, auf Wunsch der Universitätskliniken zu Berlin, Halle und Kiel diesen größeren Bedarfsmittel zur Beschaffung von Radium oder Mesothorium zu bewilligen. Nachdem inzwischen die glänzenden Erfolge der Strahlenbehand-

lung bei Frauenkrankheiten bekannt geworden, wro das Ministerium von allen Seiten mit Anträgen auf Radiumbewilligung bedrängt. Im diesem Antrage gerecht zu werden, hat das Ministerium sich, wie verlautet, entschlossen, 800 000 Mark zu Käufen von Radium und Mesothorium in den nächstjährigen Etat einzustellen. Damit hofft man, die dringlichsten Wünsche befriedigen zu können.

Auch die großen Städte beeilen sich, für ihre Krankenhäuser Radium anzukaufen. Der Berliner Magistrat hat 20 000 Mk. für das Rudolf Virchow-Krankenhaus zur leihweisen Beschaffung von Mesothorium bewilligt. Er hat sich nicht auf kostspielige Experimente eingelassen, sämtliche städtische Heilanstalten mit Mesothorium zu versorgen, weil dies angeht die horrenden Summen, die dafür angelegt werden müßten, eine sehr erhebliche und unnötige Belastung des Etats bedeuten würde. Das Virchow-Krankenhaus ist deshalb für die Heilzwecke mit Mesothoriumbestrahlung ausgerüstet worden, weil es die einzige städtische Heilanstalt ist, die eine Spezialabteilung für kranke Frauen hat. Allein die Beschaffung der radiumhaltigen Substanzen ist leichter beschaffbar, als ausgeführt, denn zurzeit ist kein besten Willens nirgends auch nur ein Milligramm Radium oder Mesothorium aufzutreiben, weil von den Glühlichtfabriken die ganze Jahresproduktion schon im voraus verkauft ist und es noch längere Zeit dauern wird, bis wieder Mesothorium erhältlich sein wird.

Ein Märchen des „Vorwärts“.

Der Herzog von Cumberland und sein Verzicht auf Hannover.

W. Berlin, 1. Septbr. (Telegr.) Der „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 29. August eine Zuschrift aus Braunshweig, in der mitgeteilt wurde: Aus weltlicher Quelle, die gute Beziehungen zum Gmundener Hofe unterhält, wissen wir, daß noch kurz vor der Trauung Wilhelm II., um dem Bundesrat die Schwelung leichter zu machen, den Herzog von Cumberland zum öffentlichen Verzicht auf Hannover zu bewegen versuchte. Als Gegenleistung wurde dem Cumberland der Generalsrang und die Uniform der Gardebrigade angeboten. Dennoch lehnte er ab und drohte, mit seinem Sohne unter Sinterlösung der roten Husarenjacks nach Gmunden zurückzuziehen. Es kam zwar nicht zum Braut, die Kaiserin vermittelte, aber die Spannung zwischen Berlin und Gmunden ist seit jener Zeit noch nicht behoben.

Die „Nordw. Bl. St.“ stellt demgegenüber fest, daß in diesen Angaben kein wahres Wort ist.

Wie die Großgrazier über den Bauernstand denken, zeigt der frühere Landtagsabgeordnete Dr. Schapp in einem Artikel der „Breslauer Zeitung“. Er zitiert Herrn v. Bangeheim, der 1909 sagte: „Die landwirtschaftliche Technik, die soziale Frage, die Ehrenämter erfordern jedoch soziale Kräfte, das es unmöglich ist, sie allein aus dem Kleinbist zu schaffen. Wir wollen die Führer, die natürlichen Führer der Landbevölkerung erhalten.“ Dr. Böttcher, ein literarischer Mitarbeiter des Bundes der Landwirte, erklärte in einer Veranmlung 1909: Der Großgrundbesitzer müsse die Führung haben, denn in ihm vereere sich die politische Klugheit besonders gut. Der bekannte Major v. Ebel erklärte im Landtagsparlament: „Meiner Meinung nach sollte kein Reichstag bilden, wo es irgend geht, weil wir in der Provinz Hosen jucken in vielen Kreisen so weit hind, daß wir die kommunalen Verwaltungstellen voll, kaum noch belegen können.“ Der konservative Abgeordnete Graf von der Gröben sagte 1911 im Abgeordnetenhaus: „Ja, es müssen Akademiker in den Kreisaußschüssen sein; daran können die Wünsche, daß das Bauerntum mehr vertreten ist, nicht erfüllt werden.“ Aus diesen und ähnlichen Meinerungen von führenden Persönlichkeiten des Bundes der Landwirte schließt Dr. Schapp mit Recht, welche geringe Meinung die Vertreter des Großgrundbesitzes vom deutschen Bauernstand haben. Diese Tatsache sollte den mittleren und kleineren ländlichen Besitzern die Augen darüber öffnen, wo ihre Freunde nicht zu finden sind.

Neuerdings hat sich eine auffällige Zunahme solcher Verträge bemerkbar gemacht, in denen ein Angeheller nur 1500 Mk. als Gehalt erhält, während seiner Ehefrau weitere Bezüge gewährt werden. In diesen Verträgen von Gläubigern gerichtete solche Verträge von Haus aus weder für schlecht noch als gut angesehen, als den guten Sitten zu widerständig und erachtet. In der letzten Zeit sind vom Reichsgericht lediglich solche Verträge als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen worden, in denen der Gesamtbetrag das Maß besser übersteigt, was der Angehelle zum Unterhalt seiner Familie bedarf. Die Reichsjustizverwaltung erachtet die ganze Frage für sehr wichtig und ist deshalb in eine eingehende Prüfung eingetreten.

Aus den Kolonien.

Gouverneur Dr. Schulz über die Eingeborenepolitik auf Samoa.

In der Zulassung des jamaikanischen Gouvernementsrates wurde die Allii-Sitts-Frage und die damit im Zusammenhang stehende Frage der Eingeborenepolitik behandelt. Bekanntlich ist der Titel Allii Sittis als Zeichen eines von der Regierung anerkannten höchsten Pflanzlings der Samoaner abgedruckt und statt dessen zwei Hauptlinge zu bloßen Knechten in jamaikanischen Angelegenheiten ernannt worden. Die friedliche Lösung dieser Frage bedeutet zweifellos eine Rechtfertigung der bisher befolgten Eingeborenepolitik der Regierung.

Ueber die Eingeborenepolitik, welche die Regierung in Zukunft auf der bestehenden Grundlage weiterbauend befolgen will, gab im Anschluß an die Besprechung der Allii-Sitts-Frage Gouverneur Dr. Schulz folgende Richtlinien: Die Pflege und Erziehung der eingeborenen Bevölkerung muß eine der Hauptaufgaben des Gouvernements bilden; denn einerseits müssen die Gebote der Humanität erfüllt werden, andererseits werden durch die Arbeit der Eingeborenen wirtschaftliche Werte geschaffen, die im Handel und Wandel des Schulgebietes und in seinen Finanzen eine bedeutende Rolle spielen. Beide Richtungen weisen also in dieselbe

Richtung. Das Ziel muß sein: die Eingeborenen zu erhalten und ihre produktive Eigenschaft zu heben. Was nun die Arbeitskraft und die Arbeitsleistung der Eingeborenen anlangt, so ist oft geäußert worden, der Samoaner arbeite deshalb so ungenügend, weil er infolge der vollen Genuß der Früchte seiner Arbeit gelange. Diese Ansicht, die z. B. auch in Neuseeland lange Zeit die dortige Eingeborenepolitik beherrschte und zur Auflösung der Grundeigentumsgemeinschaft geführt hat, glaubt Dr. Schulz als unrichtig erkannt zu haben. Aus einer langjährigen Beobachtung und namentlich auch aus der Vergleichen der Samoaner mit verwandten Rassen hatte er die Überzeugung gewonnen, daß der Samoaner in einem individuellen Arbeitsverhältnis erheblich weniger Leistung als in gemeinsamer Arbeit mit seinen Sippen- oder Dorfgemeinschaften. Dies sei das erzieherische Ergebnis der sozialen Organisation, die daher unläufig Schonung verdiene, während die politische Verfassung der Samoaner als faktisch nicht gefördert werden müsse. Auch die soziale Organisation sei in einem natürlichen, durch die Berührung mit der europäischen Kultur nur hervorgerufenen Entwicklungsstadium dem Jerrall ausgeliefert, aber man müsse sich betreiben, diesen Prozeß unläufig zu verlangsamen, mit anderen Worten dahin zu wirken, daß die unabweisliche Individualisierung ohne schädliche Folgen vor sich gehe, daß der Samoaner nicht auf eigene Füße gestellt werde, ehe er nicht gelernt hat, allein zu stehen.

Heer und Flotta.

Die Flottenmanöver bei Helgoland.

Helgoland, 1. September. (Telegramm.) Die Manöver-Flotte ist heute morgen 7 1/2 Uhr in See gegangen. Die Wetter ist warm, die See ruhig.

Hamburg, 1. September. (Telegramm.) Das Marine-tauchtboot „L 1“ ist zur Teilnahme an den Flottenmanövern heute morgen 6 Uhr nach Helgoland abgegangen.

Ausland.

Neue blutige Streikunruhen in Dublin.

London, 1. September.

Während der letzten 48 Stunden sind in den Streikramallen von Dublin nicht weniger als 500 Personen, darunter 100 Schulkinder, verwundet worden, die in den Krankenhäusern verbunden werden mußten. Ein Mann ist den Verletzungen erlegen. Gestern nachmittag erwiderte sich der Krampf in so vielen Stadtteilen zu gleicher Zeit, daß die Polizei machtlos war und die Litteratur aufgehoben werden mußte. Die Führer und Schaffner der Straßenbahnwagen hatten diese, vor der wütenden Menge flüchtend, in Stich gelassen, und die Polizisten erhielten den Befehl, die Wagen in die Depots zu bringen. Aber die Volksmenge überfiel die Schulkinder und trieb sie mit Knippen und Steinen vor sich her. Es wäre der Polizei sehr schmerz ergangen, wenn nicht eine Kompanie Infanterie erschienen wäre, die mit aufgeschleppten Bajonetten die wütende Menge auseinandertrieb. Am Nachmittag war es bereits zu sehr starken Ausschreitungen gekommen. Die irische Transportarbeiterunion, der die streikenden Straßenbahnarbeiter angehören, hatte vor einigen Tagen eine Massenversammlung angekindigt, die im Freien in der Sadler-Wellen-Street abgehalten werden sollte. Die Polizei verbot diese Versammlung. Aber James Larkin, der Präsident der Union, verböhtete das Volk zu versetzen, indem er das ihm zugestellte Schriftstück öffentlich verbrannte. Die Behörden ordneten die Verhaftung Larkins an. Er war aber nicht aufzufinden, schließlich gelang es, den Sadler-Wellen-Street einfinden zu werden. Am ihn zu erwarten, hatten sich viele in großer Anzahl erschienen war, was sie jedoch nicht maßlos. Ein heftiger Kampf entspann sich, wobei die Polizei von ihren Knüppeln Gebrauch machte. Die Arbeiter gebrauchen als Wurfgeschosse besonders Steine und zerbrochene Flaschen. Auf allen Seiten floß das Blut, wodurch die Luft der Arbeiter noch erhöht wurde. Frauen und Kinder schleppten noch weitere Wurfgeschosse heran. Verfühlene

Läden wurden geplündert.

Als die Straßenplatz in vollem Gange war, fuhr eine Drochse vor dem in der Sadler-Wellen-Street gelegenen Hotel vor. Dem Wagen entstieg ein alter, würdiger Herr, begleitet von einer jungen Dame. Beide gingen in das Hotel, wo schon zwei Zimmer für sie reserviert waren. Die beiden auf erziehen der Herr im Rauchzimmer, dessen Fenster mit einem Balkon auf die Sadler-Wellen-Street verfiel. In diesem Balkon begann der Herr, die Menge anzurehen. Ein Mann hatte er einige Worte gesagt, als die Mächtigsten ihn noch der Verleumdung als ein Arbeiterführer Larkin erkannten. Seine Begleiterin war eine junge, bekannte Schauspielerin. Die Streikenden brachen in kürzlichen Beifall aus. Jetzt erhielt eine Abteilung von 20 Polizisten den Befehl, durch die Menge in das Hotel durchzubrechen, um Larkin festzunehmen. Dies gelang endlich. Auf der Straße suchte die Volksmenge den Arbeiterführer zu befreien. Ein Automobil, worin der Graf und die Gräfin Markowicz saßen, ludte sich dem Verhafteten zu nähern in der Absicht, ihn zu entführen. Die Gräfin Markowicz ist eine Zsänderin und eine jantische Frauenzeilerin. Die Schulkinder bemächtigten sich des Automobils. Die Menge wagte dann einen Sturm angriff, um die Gräfin zu befreien, und die Schulkinder gerieten in höchste Not; doch gelang es einer starken Abteilung der irischen Gendarmerie schließlich, die Massen zu zerstreuen.

Die Weishe des Kaiserlichen Gesundheitsamtes.

(Meldung unseres o. Korrespondenten.) Leipzig, 1. Sept. (Telegr.) Gestern wurde der von der Stadt zur Erinnerung an die Zusammenkunft der drei verheirateten Monarchen nach der Schlacht bei Ruim erriehete Gesundheitsfest in Anwesenheit des Erzbischofs Karl Franz Josef, welcher den Kaiser vertrat, des Generalobersten v. Keitel, preussischer Offiziersdeputationen und anderer Festgäste eröffnet. Nach einem Festgottesdienst am Fuße des Schlossberges hielt Bürgermeister Hülst am Gesundheitsfest die Festrede, der Erzbischof dankte mit einer kurzen Ansprache und beschloß nach einem Vorbeimarsch der Retenarenmerkmale mit den anderen Festgästen die historische Ausstellung. Leipzig noch 100 Jahren“ im Stadtmuseum. Am Nachmittag fand ein historischer Festzug, welcher den Einzug der verbliebenen

Wahl in Ostpreußen über die Zinstabelle. Es bedeutet: 7/10 = 70% ...

Berliner Börse, 9. Sept. 1933

Deutsche Reichsbank 100% ... Berlin, Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuß 7%, Privatdiskont 4 1/2%.

Main table containing various stock market listings, including sections for 'Deutsche Reichsbank', 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', and 'Schiffahrts-Aktien'. Each entry includes a company name, a numerical value, and a small letter code.